

Regionsbrief September 2016

- Wahlaussagen

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
in diesem Regionsbrief geht es einige Wahlaussagen, die mir aufgefallen sind.
Für Fragen stehe ich natürlich wie immer zur Verfügung
Euer Dirk



Dr. Dirk Härdrich

**Abgeordneter der Regionsversammlung
Sprecher AG Jugend**

Aug.-Wilh.-Blume-Str. 43
30890 Barsinghausen

Telefon 05105 63748
Fax 05105 63748

dirk.haerdrich@regionsversammlung.de

www.dirk-haerdrich.de



Wahlaussagen müssen zugespitzt sein, keine Frage. Für differenzierte und komplizierte Aussagen ist kein Raum, vor allem nicht auf Plakaten. Wenn sie aber falsch, fragwürdig oder unsinnig sind, wird es schwierig, finde ich. Seit einigen Tagen steht an der „Wittkopp-Kreuzung“ dieses Großplakat der CDU, dass aber alle diese Kriterien erfüllt.

Dabei behauptet die CDU, sie könnte Region. Das bestreite ich, weil die Aussagen zeigen, dass sie nicht gewillt ist, Verantwortung auch für unbequeme Entscheidungen zu übernehmen.

Krankenhaus-Chaos: es ist schlicht falsch, dass „unsere Krankenhäuser“ geschlossen werden. Springe wird in der bisherigen Form nicht mehr weiterbetrieben und das Klinikum Nordstadt war schon lange nicht mehr zeitgemäß. Dafür gibt es den hochmodernen Neubau des Klinikums Siloah. Der Umbau des Klinikums Region Hannover ist erforderlich, um einerseits dem Finanzdruck durch die Krankenkassen standzuhalten, andererseits angesichts des medizinischen Fortschritts aber auch moderne Behandlungszentren für die verschiedenen Fachrichtungen mit erfahrenem medizinischem Personal zu schaffen. Die Rettungswege entsprechen natürlich immer den gesetzlichen Vorgaben. Das alles ist nicht bequem und löst vor Ort Widerstand aus. Aber wer wirklich unser Klinikum zukunftsgerecht aufstellen will, der kommt um diese Entscheidungen nicht herum. Diese Aussagen auf dem Plakat sind schlicht – höflich formuliert - falsch.

Abfall-Chaos: die Neuordnung der Abfallentsorgung ist von der CDU gerichtlich erzwungen worden. Zwei Systeme (Tonne in Hannover, Müllsack im Umland) mit zwei Gebührenstrukturen sind lt. Gericht nicht zulässig. Das muss man nicht verstehen, ist aber die Rechtslage. Die Neuordnung versuchte den Rechtsvorgaben zu folgen (einheitliches System) und gleichzeitig die Wahlmöglichkeit zwischen Sack und Tonne zu ermöglichen. Das ist gelungen und erhöht die Wahlfreiheit der Menschen im Umland.

Das System ist nicht ganz einfach, aber es war nicht möglich, die verschiedenen Interessen an-

ders zu vereinen. Das ist nun mal das Wesen eines Kompromisses. Auch ein Bürgergutachten hat das bestätigt.

Und was heißt ungerechte Gebühren? Es gibt diejenigen, die sich an der Mindestmüllmenge stören, weil sie angeblich weniger verbrauchen. Aber ist die Müllmenge als Gebührenmaßstab gerecht? Das bevorzugt Single- und Zweipersonenhaushalte und benachteiligt Familien mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörige. Genauso gut könnte man die Entfernung zu Grunde legen, die ein Müllfahrzeug zum Abholen der Müllbehälter braucht, denn für diese Kosten ist es egal, ob 10 oder 30 Liter Müll abgeholt werden. Das würde Einfamilienhausbewohnerinnen und -bewohner benachteiligen. Außerdem – über die Gebühren werden die kostenlose Sperrmüllabfuhr, die Wertstoffhöfe und die Grüngutannahmestellen finanziert.

Dieser Vorwurf ist zumindest fragwürdig.

Bildungs-Chaos: die Region hat mit der Unterrichtsversorgung überhaupt Nichts zu tun. Das ist Landessache (und war immer umstritten, egal wer gerade regierte). Die Schulgebäude sind Angelegenheit der örtlichen Kommunen. Gerade in Barsinghausen haben wir aber z.B. gerade die Schule in Groß-Munzel aufwändig saniert.

Die Region hat in dieser Periode (gegen den Widerstand der CDU) die Berufsschullandschaft neu organisiert. Ziel ist eine Konzentration auf die modernsten Gebäude und die Gewähr der besten Schulausstattung zum Vorteil der Berufsschülerinnen und –schüler. Auch das war unbequem, aber erforderlich und zeigt damit, was es heißt, Verantwortung für die Region und ihre Menschen zu übernehmen

Daher ist diese Wahlaussage schlicht Unsinn!

Wer so argumentiert – selbst auf den verkürzten Wahlplakaten – der zeigt, dass ihm die Probleme der Region und ihrer Menschen egal sind und er nicht in der Lage und bereit ist, Verantwortung zu übernehmen. Mich ärgern derartige Irreführungen der Menschen zutiefst!

Noch zwei Dinge sind mir aufgefallen:

Die Hannoveraner werben mit dem Slogan „Keine Sonderrechte für den Islam“. Natürlich wollen sie damit die Islamangst der Bevölkerung aufgreifen. Die Aussage bedeutet aber das Gegenteil von dem, was wahrscheinlich beabsichtigt ist: Danach müsste der Islam wie die christlichen Kirchen behandelt werden (es soll ja keine Sonderrechte geben!). Also dürften überall Moscheen gebaut werden, es muss Islamunterricht an den öffentlichen Schulen geben und wie bei christlichen Kirchen die Glocken müsste auch der Ruf des Muezzins erlaubt sein. Das ist mit Sicherheit nicht gemeint. Es zeigt aber die Unsinnigkeit und Dummheit derartiger Parolen!

Kommunalwahlen, eigentlich jede Demokratie lebt davon, dass die Wählerinnen und Wähler wissen, wen sie als Person wählen, wer sie vertreten soll. Gerade bei der Kommunalwahl werben (fast) alle Parteien mit den Gesichtern der Menschen, die sich öffentlich dazu bekennen, sich für ihre Bürgerinnen und Bürger in die Räte oder die Regionsversammlung wählen zu lassen. Aber gerade die Partei, die angeblich das „Volk“ vertritt, die AfD zeigt kein Gesicht. Mir ist bislang nirgendwo in der Region ein Wahlplakat begegnet, auf denen Personen für diese unappetitliche Gruppierung zu werben.

Interessant: die Vertreterinnen und Vertreter einer rechtspopulistischen Partei, die sich z.B. gegen Burkas äußert, sind selber zu feige, „Gesicht“ zu zeigen.

Das ist für mich schon ein sehr fragwürdiges Verständnis von Demokratie und eine Missachtung, ja geradezu Verachtung derjenigen, die man angeblich zu vertreten vorgibt.